Eingabe

An den Kulturminister
der DDR
Berlin

Mit diesem Schreiben führen die Mitglieder der Gruppe RENFT

Beschwerde

gegen die Programmabnahme- bzw. Einstufungskommission des Bezirkes Leipzig sowie gegen die Abteilung Kultur beim Rat des Bezirkes Leipzig wegen

1. Mißachtung des Artikels 18 Absatz 2 der Verfassung der DDR
2. Mißachtung der in der Verfassung der DDR verankerten Grundrechte der Bürger, insbesondere des Artikels 24 Absatz 1
3. Verfassungsbruch im Falle des Artikels 24 Absatz 1
5. wider besseren Wissens gemachter falscher Aussagen (dies betrifft die Begründung des Berufsschriften der Gruppe RENFT durch Herrn Wolf, Mitglied des Rates für Kultur)

Werter Herr Hoffmann!

Da uns die (inzwischen vom Rat des Bezirkes Leipzig abgekannten) Zulassungen als Berufsmusiker vom Ministerium für Kultur ausgestellt wurden, wenden wir uns mit dieser Beschwerde an Sie.


Am 22. September wurde nun die Gruppe RENFT ohne Anhören ihres
neuen Programms von der Einstufungskommission des Bezirkes Leip-
zig aufgelöst und über ihre Mitglieder ein Berufsverbot verhängt;
jede Diskussion über die Texte wurde von vornherein unterbunden
(Ausschluß des Textautors von der Einstufungsveranstaltung!).
Für das Berufsverbot liegen zwei Begründungen vor: Eine mündliche —
Wir differenzierten Arbeiterklasse und Staatsorgane — und eine schrift-
lliche, die uns einen künstlerisch nicht mehr vertretbaren Lei-
stungsrückgang vorwirft. Dazu erklären wir:

- Die Gruppe RENFT betrachtet sich keineswegs als aufge-
löst
- Die schriftliche Begründung des Lizenzerlasses durch den
Rat des Bezirkes Leipzig werten wir schlicht als Ver-
leumung (zumal uns das Recht, unseren künstlerischen Lei-
stungsauftrag unter Beweis zu stellen, verwehrt wurde),
auch als Vorwand, die wahre Gründe unseres Berufs-
verbotes zu verschleiern.
- Der Vorwurf der Differenzierung der Arbeiterklasse bzw.
der staatlichen Organe entbehrt jeder Grundlage. Im Laufe un-
erer nunmehr fünfjährigen gemeinsamen Arbeit ist uns so-
ein Vorwurf vom Publikum nie gemacht worden. Vielmehr sind
wir der Meinung, daß durch Beschränkung der freien Mei-
nungsausübung von Künstlern ebenso wie durch die wachen-
de Zahl von Berufsverböten elementare Interessen und Be-
dürfnisse der Arbeiterklasse, in unserem Falle besonders
die ihrer jungen Vertreter, mißachtet werden.

Inzwischen sind Schallplattenläden und Medien von unseren einst
bewunderten und gernesehenen künstlerischen Produkten gesäubert
worden. Wir selbst sind arbeitslos und ohne Lebensunterhalt, ganz
abgesehen davon, daß wir der Möglichkeit, künstlerisch zu arbei-
ten, überhaupt beraubt sind.
Die, Herr Minister, haben die Möglichkeit, dieses standrechtlich
vollstreckte Urteil zu revidieren. Wir bitten Sie darum.

Thomas Schoppe
Klaus Jenisch
Christian Kunert
Jochen Hohl
Peter Gläser
Peter Riechert